

Beschluss Nr. VII/VV/05/01/2021

Beschluss der Verbandsversammlung am 08.10.2021

Beschlussgegenstand

Regionalplan Leipzig-Westsachsen – Genehmigungsbescheid der obersten Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde im Sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung zur Gesamtfortschreibung vom 02.08.2021

Beschlusstext

- (1) Die Verbandsversammlung tritt dem Genehmigungsbescheid zur Gesamtfortschreibung des Regionalplanung und damit allen darin enthaltenen Festlegungen und Maßgaben bei und macht von der Möglichkeit zur Einlegung von Rechtsmitteln gemäß der erfolgten Rechtsmittelbelehrung keinen Gebrauch.
- (2) Die Verbandsverwaltung wird beauftragt, alle erforderlichen Arbeiten und Abstimmungen zur Ausfertigung unter Beachtung der Festlegungen und Maßgaben des Genehmigungsbescheids, zur Herstellung der Druckfassung, zur Bekanntmachung und zur Einstellung in das Internet als Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Planwerks aufzunehmen bzw. zu veranlassen.

Begründung

Zur Gesamtfortschreibung des Regionalplans Westsachsen 2008 zum Regionalplan Leipzig-Westsachsen fasste die Verbandsversammlung am 11.12.2020 den Satzungsbeschluss gemäß § 7 Abs. 2 SächsLPIG in Verbindung mit § 1 der Verbandssatzung. Das Planwerk wurde mit Posteingang am 04.02.2021 bei der obersten Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde im Sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung zur Genehmigung eingereicht.

Die Genehmigung ist zu erteilen, soweit der Regionalplan nicht gegen höherrangiges Recht verstößt. Nach § 7 Abs. 3 SächsLPIG ist über die Genehmigung binnen sechs Monaten nach Antragstellung im Benehmen mit den sachlich betroffenen Staatsministerien zu entscheiden. Diese Frist wurde mit dem auf den 02.08. 2021 datierten Genehmigungsbescheid eingehalten.

Der Genehmigungsbescheid enthält nach erfolgter Prüfung durch die Verbandsverwaltung keine Festlegungen, die in den materiellen Planungswillen der Region eingreifen bzw. im Konflikt dazu stehen. Damit besteht für den Planungsverband keine Veranlassung, eine Klageerhebung gegen den Bescheid entsprechend der darin enthaltenen Rechtsmittelbelehrung in Betracht zu ziehen.

Nach § 10 Abs. 1 ROG sind zu Raumordnungsplänen, die nicht als Gesetz oder Rechtsverordnung verkündet werden, dieselben oder die Genehmigung oder der Beschluss darüber öffentlich bekannt zu machen; mit der Bekanntmachung wird der Raumordnungsplan wirksam. Nach § 10 Abs. 2 ROG ist der Raumordnungsplan mit der Begründung und einer Rechtsbehelfsbelehrung sowie im Fall einer durchgeführten Umweltprüfung mit der zusammenfassenden Erklärung und der Aufstellung der Überwachungsmaßnahmen zu jedermanns Einsicht bereitzuhalten. Bei der Bekanntmachung nach Absatz 1 oder der Verkündung ist darauf hinzuweisen, wo die Einsichtnahme erfolgen kann. Bei der Bekanntmachung oder Verkündung von Raumordnungsplänen sowie bei der Bereithaltung von Raumordnungsplänen und von Unterlagen sollen elektronische Informationstechnologien ergänzend genutzt werden.

Ergänzend regelt § 7 Abs. 3 SächsLPIG, dass die Erteilung der Genehmigung im Veröffentlichungsorgan des Regionalen Planungsverbands bekannt zu machen ist. § 7 Abs. 4 SächsLPIG bestimmt, dass der Raumordnungsplan mit Begründung und der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 3 ROG in das Internet einzustellen ist.

Beratungsergebnis

Beratung am: 08.10.2021

Stimmen dafür: 14

Stimmen dagegen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beschlussfassung laut Beschlussvorschlag:* X

Abweichender Beschluss:*

** Zutreffendes ankreuzen*

Beschluss Nr. VII/VV/05/01/2021



Henry Graichen
Verbandsvorsitzender